



## **Wissenschaftsausschuss (11.) und Ausschuss für Schule und Bildung (19.)**

### **Gemeinsame Sitzung (öffentlich)**

19. April 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:05 Uhr bis 14:12 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD) (WissA)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkt:**

#### **Chancen der Harmonisierung von Schul- und Semesterferien nutzen! 3**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2555

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

\* \* \*



## **Chancen der Harmonisierung von Schul- und Semesterferien nutzen!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2555

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

**Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin:** Ich darf Sie recht herzlich zur 11. Sitzung des Wissenschaftsausschusses sowie zur 19. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung begrüßen. Ich begrüße die Mitglieder beider Ausschüsse. Der Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung ist heute terminlich verhindert. Weiterhin begrüße ich etwaige Vertreter der Landesregierung, Zuhörerinnen und Zuhörer, Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Ganz besonders begrüße ich die Sachverständigen hier vor Ort und am Bildschirm.

Die Einberufung des Ausschusses erfolgte mit Sitzungseinladung E 18/284. Ich gehe von einem Einvernehmen zur Tagesordnung aus. Die Sitzung wird live per Video-stream im Internet übertragen. Die Sitzung endet spätestens um 15:00 Uhr, weil wir heute um 15:30 Uhr eine weitere Sitzung haben.

Ich danke den Sachverständigen für die vorab eingereichten Beiträge. Überdrucke der Stellungnahmen liegen aus.

Eingangsstatements sind nicht vorgesehen. Die Abgeordneten werden sich vielmehr mit Fragen direkt an die Sachverständigen wenden. Sie können davon ausgehen, dass die Abgeordneten Ihre vorab schriftlich eingereichten Stellungnahmen im Detail zur Kenntnis genommen und gelesen haben.

Ich bitte die Sachverständigen, von ausführlichen Darlegungen Abstand zu nehmen, weil wir mehrere Fragerunden durchführen möchten.

Die Abgeordneten haben jetzt die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

**Dr. Bastian Hartmann (SPD):** Ganz herzlichen Dank, dass Sie gekommen sind. Ich freue mich sehr, dass Sie uns dabei helfen, diesen Antrag zu beraten. Ich bedanke mich ausdrücklich für die umfangreichen Stellungnahmen und dass Sie uns den Blick geweitet haben. Das ist für unsere Arbeit jetzt schon sehr hilfreich.

Meine erste Frage würde ich gerne an Frau Professorin Bahr, an die Vertreterin und den Vertreter des Elternnetzwerks und die Vertreterinnen des LaKof richten: Ich würde Sie bitten, die entscheidenden Aspekte des Problems der mangelnden Harmonisierung, die wir jetzt haben, zu umreißen, damit wir unser Problembewusstsein schärfen können.

Die beiden Vertreterinnen der beiden Hochschulformen würde ich gerne fragen: Ich lese in Ihren Stellungnahmen, dass die Harmonisierung grundsätzlich eine wünschenswerte Veränderung wäre. Natürlich wäre es noch besser, wenn noch mehr mitmachen

würden. Aber vielleicht könnten Sie aus Ihrer Sicht einmal erläutern, welche Schritte die Landesregierung tun müsste, um einen solchen Prozess anzustoßen.

**Raphael Tigges (CDU):** Vielen Dank für Ihre Zeit, die Sie heute mitbringen, um uns hier Rede und Antwort zu dem vorliegenden Antrag zu stehen. Danke auch für die Stellungnahmen, die uns einige Details geliefert haben. – Meine Fragen richten sich an Frau Professorin Freitag, Frau Professorin Staude und Frau Professorin Woud oder Herrn Professor Glasmachers.

In der Stellungnahme der HAWs sprechen Sie von einer Abschichtung der Debatte in Bezug auf die vorhandenen Hochschultypen und Schulzeiten. Können Sie vielleicht noch einmal näher ausführen, was Sie mit „Abschichtung der Debatte“ meinen? Stellen Sie sich darunter ein schrittweises Vorgehen vor, wie man sich einer solchen Thematik nähern kann? Könnte es verschiedene Zwischenschritte in Bezug auf die unterschiedlichen Hochschultypen geben?

Zur Erläuterung: Wir haben auch eine bemerkenswerte Stellungnahme der Kunst- und Musikhochschulen vorliegen, die heute nicht an der Anhörung teilnehmen. Deren Stellungnahme werden wir auch berücksichtigen. Es handelt sich hierbei um eine Hochschulform, die vielleicht auch besondere Aspekte hinsichtlich ihrer Studierendenschaft zu berücksichtigen hat.

Es wäre schön, wenn Sie aus Ihrer Sicht sagen könnten, ob das, was in dem Antrag hier gefordert wird, allen gleichermaßen in gleicher Art und Weise helfen könnte.

Meine zweite Frage bezieht sich auf die Konsequenzen bezüglich der Oster- und Herbstferien. Wir sprechen vornehmlich von den Sommerferienzeiten. Aber in verschiedenen Stellungnahmen war auch zu lesen, dass die Problematik bei Oster- und Herbstferien bestehen bliebe. Vielleicht können Sie auflösen, ob das vor- oder nachteilig wäre – auch im Zusammenhang mit den Zulassungs- und Einschreibezeiten. Diese Zeiten würden sich – das geht aus Ihren Stellungnahmen hervor – arg verkürzen. Könnte es da gegebenenfalls andere Möglichkeiten oder Mittel geben, das zu lösen?

**Julia Eisentraut (GRÜNE):** Vielen Dank für die ausführlichen Stellungnahmen und dass Sie heute da sind und uns die Gelegenheit geben, Nachfragen zu stellen.

Meine erste Frage richtet sich an alle Sachverständigen: Was halten Sie davon, dass Hochschulgesetz dahingehend zu ändern, dass wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen an den Hochschulen nicht mehr darauf beschränkt sind, ihren Urlaub in der vorlesungsfreien Zeit nehmen zu müssen – in Verbindung damit, dass die Hochschulen zukünftig Vertretungsregeln treffen und Vertretungen, wo möglich, einzusetzen sind?

Meine zweite Frage richtet sich an Frau Professorin Freitag und Frau Professorin Staude sowie an das Elternnetzwerk RUB: Sollte das Semester an den Universitäten – so wie an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften üblich – bereits im September bzw. im März beginnen? Welche Vor- und Nachteile hätte das für die Vereinbarkeit?

**Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD):** Ich habe als Vertreter meiner Partei der AfD eine Frage an Frau Professorin Bahr. – Sie hatten in Ihrer Stellungnahme die Problematik der Befristung dargestellt. Vielleicht können Sie dazu noch etwas Näheres sagen – zum Beispiel, wie lang der Durchschnitt einer Befristung ist, weil es dem normalen Bürger wahrscheinlich nicht verständlich ist, wie im wissenschaftlichen Bereich der Ablauf ist.

Dann würde ich die Sachverständigen in der Reihenfolge des Tableaus bitten, die Fragen zu beantworten.

**Prof.'in Dr. Kornelia Freitag (Universität NRW – Landesrektorenkonferenz der Universitäten):** Zur Abschichtung: Das Problem ist ein bundesweites und sollte auch bundesweit geklärt werden. Die Überlegungen haben sich zunächst auf die Universitäten bezogen und auf die inneruniversitäre Harmonisierung von Schulferien, Semesterzeiten bzw. Vorlesungszeiten. Man müsste sicher mit allen Interessierten ins Gespräch kommen und klären, inwieweit sich das annähern könnte.

Es wurde nach den Schritten der Landesregierung gefragt: Wie hier vorgeschlagen müsste die Landesregierung zunächst mit allen Betroffenen ins Gespräch kommen, um die bestmögliche Lösung zu finden. Es gibt ganz unterschiedliche Möglichkeiten, eine solche Harmonisierung vorzunehmen. Ich könnte mir vier Varianten vorstellen; das müsste im Einzelnen diskutiert werden.

Zu den Oster- und Herbstzeiten und den Konsequenzen: Das fällt genau unter das Problem, das ich eben schon benannt hatte. Man muss sich angucken, was man tut, und dementsprechend beachten, ob das Auswirkungen auf Oster- bzw. Herbstferien haben könnte.

Die Sommersemester drücken uns im Moment am meisten. Wenn das Semester erst im April beginnt und die Sommerferien sehr früh starten, ist die Zeit sehr knapp. Die einzige Lösung wäre, in den März vorzurücken. Das ist auch der Grund, weshalb in unserer Stellungnahme davon die Rede ist, darüber nachzudenken, in den September und in den März zu gehen.

Dann kann man alles Mögliche machen. Wenn man im März anfangen würde, kann man durchaus ganz regulär eine Woche Osterurlaub einschieben und dann weiter machen.

Insofern sind die Osterferien immer eine Frage, die man behandeln müsste. Da kann man sich verschiedene Lösungen vorstellen. Die Herbstferien sind seit ewigen Zeiten und auch in den nächsten acht Jahren immer in der Vorlesungszeit. Da müsste man mit den entsprechenden Vertreterinnen und Vertretern ins Gespräch kommen, aber das ist – ich gucke jetzt einmal zum Elternnetzwerk –, glaube ich, nicht das Hauptproblem. Aber je nach Lösung kann das auch betroffen sein.

Bei den Zulassungs- und Einschreibemöglichkeiten hatten wir sehr deutlich gemacht, dass man aufpassen muss, dass genügend Zeit liegt zwischen der Zeit, in der die letzten potenziellen Bewerber und Bewerberinnen – Abiturienten und Abiturientinnen – ihr Zeugnis bekommen und sich bewerben, und der Zeit, in der wir zulassen.

Ich komme aus einer Universität mit 42.000 Studierenden. Dementsprechend groß sind auch die Bewerberzahlen und Bewerbungszeiten. Insofern haben wir in den großen Universitäten kein Interesse daran, etwa am 1. September zu beginnen. Das würden wir nicht schaffen.

Deswegen wäre eine Möglichkeit, die sich wiederum darauf auswirken würde, wie man das gestaltet, zu versuchen, so spät wie möglich im September zu beginnen – mit Blick darauf, wie früh man dann im Sommer anfangen muss. Im März ist das kein Problem, da haben alle ihre Abiturzeugnisse.

Deswegen würde ich sehr dafür plädieren, eher dynamische Regelungen zu finden und nicht einen Tag X festzulegen. Vielmehr sollte man sich angucken, wann die Sommerferien liegen, wann Ostern liegt – das flottiert auch frei vor sich hin. Man muss schauen, dass man eine flexible, auf die Familienfreundlichkeit ausgerichtete Lösung findet, die gleichzeitig den Betrieb an den Universitäten nicht behindert. – Das ist möglich, aber wenn man im Oktober beginnt, hat man diese Möglichkeit nicht. Es wäre teilweise schön, wenn man am 28. September beginnen könnte, das geht aber nicht.

Dass Lehrende in der Vorlesungszeit regulär Urlaub beantragen können, erscheint uns sehr ungünstig, weil das bedeutet, dass die Lehrenden für die Studierenden nicht zur Verfügung stehen. Feste Vorlesungszeiten sind immer noch sinnvoll, damit die Studierenden Vorlesungen und Seminare planen können, damit der Gesamtbetrieb aufrechterhalten werden kann. Insofern glaube ich, dass eine Lösung für dieses Problem nicht gefunden werden kann.

Ich denke, dass eine Vorverlegung der Semesterzeiten um einen Monat zum 1. September bzw. zum 1. März sehr nützlich wäre, um innerhalb dieses Spielraums dann familienfreundliche Vorlesungszeiten festlegen zu können.

**Prof.'in Dr. Susanne Staude (HochschulenNRW – Landesrektor\_innenkonferenz der Hochschulen für angewandte Wissenschaften):** Mit „Abschichtung der Debatte“ meinen wir, dass es unterschiedliche Aspekte gibt, die aus unserer Sicht unterschiedlich herausfordernd zu lösen sind. Eine Harmonisierung mit den Semester- und Schulferien hat viele Rattenschwänze, die auch in den verschiedenen Stellungnahmen auftauchen – unabhängig von den Kunst- und Musikhochschulen. Das ist eine besondere Nummer.

Aus Sicht der HAW hier im Land wäre es aber schon von großem Vorteil, wenn wir eine gemeinsame Semesterzeit und gemeinsame Vorlesungszeiten mit den Universitäten hätten. Denn wir kooperieren zunehmend auch in Studiengängen mit den Universitäten – und aus meiner Sicht wird sich das auch noch erweitern. Zumindest da wäre eine Harmonisierung hilfreich.

Das ist etwas sehr NRW-Spezifisches, denn in den anderen Bereichen sehen wir schon die Notwendigkeit einer bundesweiten Diskussion. Das können wir als NRW nicht alleine lösen, da bräuchte es an vier Stellen eine bundesweite Diskussion. Demgegenüber können wir eine Angleichung zwischen Unis und FH auch alleine lösen. Das war der Gedanke der Abschichtung.

Das was Frau Professorin Freitag beschrieben hat, ist das, was wir teilweise schon an den HAW haben: Wir fangen oft Ende September schon mit den Vorlesungszeiten an. Das gibt uns auch mehr Überschneidungsmöglichkeiten als den Universitäten in den Sommerferien – das sehen wir auch. Die Flexibilität, die wir haben, nutzen wir genau dafür an den Hochschulen, um unsere individuellen Vorlesungszeiten möglichst familienfreundlich zu legen.

Veranstaltungsfreie Wochen im Semester, die – egal ob hochschulgesetzlich festgelegt oder anders geregelt – eine Woche Osterferien oder eine Woche Herbstferien ermöglichen würden, würden sicherlich vielen entgegenkommen und würde uns in den Hochschulen die Möglichkeit geben, für die Hochschulen passende Regelungen zu finden.

Dann wäre auch das Problem aus der Welt, dass man in den Vorlesungszeiten keinen Urlaub nehmen darf, wenn wir die Vorlesungszeiten als eine Zeit definieren, in der eine bestimmte Person eine Vorlesung hat.

Wenn wir nicht feste, vom Ministerium vorgegebene Vorlesungszeiten, sondern individuelle Vorlesungszeiten festlegen, hätten die Hochschulen aus meiner Sicht die Flexibilität, die wir brauchen. Schließlich haben wir an den Hochschulen nicht nur Eltern, sondern auch Personen, die sich freuen, wenn sie in den Schulferien ihre Arbeit machen können, damit sie außerhalb der Schulferien Urlaub machen können.

Wenn wir an den Hochschulen eine gewisse Flexibilität hätten, würde uns das schon an vielen Stellen entgegenkommen. Ansonsten kann ich den Ausführungen von Frau Freitag nichts Neues hinzufügen.

**Dr. Anja Vervoorts (Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule und Universitätsklinik des Landes Nordrhein-Westfalen):** Ich möchte die Frage zur Flexibilisierung des Urlaubs von Lehrenden beantworten. Wir würden uns von Seiten der Landessprecher\*innen der Gleichstellungsbeauftragten grundsätzlich dafür aussprechen, die Urlaubsmöglichkeiten für Lehrende zu flexibilisieren. Es gibt genügend neue Lehr- und Lernformate, die einer Flexibilisierung Möglichkeiten geben – natürlich immer in Rücksprache mit der Hochschulleitung oder mit den anderen Stakeholdern.

Allerdings möchten wir darauf hinweisen, dass dies keine Lösung für das strukturelle Problem der Überschneidung von Semesterferien und Schulferien ist.

**Dr. Bettina Kretschmar (Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule und Universitätsklinik des Landes Nordrhein-Westfalen):** Ich bin die zweite Sprecherin der LaKof und würde gerne die Frage der SPD beantworten. Sie hatten nach den Kernaspekten gefragt, weshalb es so wichtig ist, dieses Problem überhaupt anzugehen.

Dazu darf ich aufgreifen, was meine Vorrednerinnen gesagt haben: Es liegt hier ein strukturelles Problem vor, das wir auch strukturell angehen müssen. Wir dürfen es nicht, wie es bisher häufig der Fall ist, auf individueller Ebene den Eltern überlassen,

wie sie diese Problematik der Überschneidung von Vorlesungszeiten und Ferienzeiten zu lösen haben.

Denn das führt häufig dazu, dass wir eine nicht chancengerechte Situation haben, dass Eltern im Wissenschaftssystem benachteiligt werden und dass leider häufig immer noch die Frauen ihrer Karriere im Wissenschaftsbetrieb nicht so nachgehen können wie die Männer.

Wir müssen uns das binär anschauen, weil uns dazu die Zahlen vorliegen. Wir müssen die Strukturen so umgestalten, dass chancengerechtes Arbeiten und Studieren an unseren Hochschulen möglich sind.

**Prof.'in Dr. Marcella Woud (Ruhr-Universität Bochum, Eltern Netzwerk RUB):** Ich erlaube mir zunächst, das Elternnetzwerk kurz vorzustellen, weil hier eventuell Sachverständige sind, denen unsere Rolle nicht ganz so deutlich ist. Wir sind ein statusübergreifendes Netzwerk der Ruhr-Universität Bochum. Wir haben uns gegründet, weil wir das Gefühl hatten, dass wir als Angehörige noch mehr tun können, um die Vereinbarkeit von Familie, Forschung und Lehre zu verbessern. Denn wir sind diejenigen, die jeden Tag merken, wie schwierig es sein kann, dies zu verbinden. Wir glauben, dass unser Input wirklich nötig ist, um diese Strukturen zu verbessern.

Die erste Frage war, welche Kernprobleme wir sehen. Das größte Kernproblem ist, dass es uns faktisch sehr schwer gemacht wird, einen gemeinsamen Familienurlaub zu planen. Wir haben unserer Stellungnahme eine Tabelle hinzugefügt. Es gibt ein Jahr, in dem es während der Sommerferien eine Woche Überschneidung gibt; ich glaube, das ist im Jahr 2025.

Vielleicht schon ein bisschen vorgreifend: Es wird niemals in den Sommerferien den perfekten Match geben – auch nicht, wenn es zu einer Flexibilisierung kommt – in Kombination mit den Herbst- und Osterferien. Aber wir befinden uns derzeit in einem System, das noch sehr viel Raum für Verbesserungen hat. Es ist unser dringendes Anliegen, dass wir uns hierfür mehr einsetzen und die Situation verbessern.

**Prof. Dr. Tobias Glasmachers (Ruhr-Universität Bochum, Eltern Netzwerk RUB):** Jeder, der in einem Betrieb mit mindestens 50 Mitarbeitern tätig ist, ist es gewohnt, dass er seinen Urlaub, wenn er Kinder hat, in den Schulferien nehmen kann. Das ist bei Universitätsangehörigen nicht der Fall. Diese Situation erzeugt nicht nur das Problem, dass man Schwierigkeiten hat, den Urlaub zu planen. Vielmehr muss man in den Schulferien die Kinder auch irgendwie betreuen. Das kommt noch obendrauf.

Denn wir können die Betreuung nicht selber übernehmen. Wir haben sowieso nicht so viel Urlaub, dass wir komplett selbst betreuen könnten – das hat wohl niemand, außer man ist zufällig Lehrer und hat genau dieselben Zeiten frei wie die Schüler. Ansonsten haben wir ganz normal unsere 30 Tage, unsere sechs Wochen. Nur wenn wir die dann nicht einmal in dem Überlapp nehmen können, haben wir ein noch größeres Betreuungsproblem als andere.



Würde uns da eine Flexibilisierung helfen? – Ja, uns als Lehrenden würde sie ganz gewaltig helfen. Natürlich darf die Lehre darunter nicht leiden. Aber diesen kompletten prinzipiellen Ausschluss von Urlaub während der Semesterzeiten halte ich persönlich für nicht angemessen.

**Prof.'in Dr. Marcella Woud (Ruhr-Universität Bochum, Eltern Netzwerk RUB):** Als zweites Problem: Es wird sehr viel auch im Namen der Hochschul-Familienpolitik daran gearbeitet, Kinderbetreuungsmaßnahmen für Kinder von Hochschulangehörigen zu schaffen. Ich möchte betonen, dass es das statusübergreifend für Studierende, für Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung und Technik, für den Mittelbau und für die Professoren gibt.

Das heißt aber nicht, dass es immer funktioniert. Viele Kolleginnen und Kollegen pendeln. Diese können ihre Kinder nicht in die Kinderbetreuung, die die eigene Universität bietet, bringen. Kinderbetreuung kostet zudem meistens Geld. Das könnte ein Problem für Studierende werden. Und noch ein ganz wichtiger Punkt: Kinder lassen sich nicht einfach betreuen. Hier spreche ich auch als Mutter, und vielleicht gibt es auch andere Eltern in diesem Raum. Ein garantierter Kinderbetreuungsplatz bedeutet nicht, dass die Betreuung funktioniert, dass das Kind sich und wir als Eltern uns dort wohlfühlen, wenn wir unser Kind dort lassen. Das sind also ganz wichtige Initiativen, aber es ist nicht immer das, was in dem Moment gerade wirklich hilft.

**Prof.'in Dr. Amrei Bahr (Universität Stuttgart, Institut für Philosophie [per Video zugeschaltet]):** Ich mache mit Blick auf die Frage von Herrn Dr. Hartmann noch einmal einen Schritt zurück: Worüber sprechen wir eigentlich? – Das Thema im Hintergrund dieser ganzen Diskussion liegt uns allen, glaube ich, sehr am Herzen, nämlich die Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft als Beruf.

Leider muss man sagen, dass diese Vereinbarkeit an deutschen Hochschulen momentan noch nicht so gegeben ist, wie das wünschenswert wäre. Im Gegenteil gibt es einige massive Einbußen. Das hat unter anderem damit zu tun, dass die Beschäftigten häufig mit befristeten Verträgen unterwegs sind und dass es nicht so viele unbefristete Perspektiven gibt.

Die durchschnittliche Befristung in der Promotionsphase beträgt 22 Monate, wobei eine Promotion im Durchschnitt 5,7 Jahre dauert, wenn man Medizin außen vor lässt. In der Postdocphase – der Zeit nach der Promotion – beträgt die Befristung im Schnitt 28 Monate – das reicht auch nicht, um beispielsweise eine Habilitation anzuschließen.

Das belastet natürlich, aber das ist nicht der einzige Faktor, der belastet. Ein anderer Faktor ist das heutige Thema, nämlich dass die Personen, die Sorgeverpflichtungen haben und die Eltern sind, irgendwie versuchen müssen, im laufenden Semester die Kinderbetreuung zu organisieren. Das ist insbesondere für diejenigen, die befristet beschäftigt oder teilzeitbeschäftigt sind und die nicht über die finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten verfügen, das zu kompensieren, eine sehr große Herausforderung.

Ich glaube deshalb, dass es sehr wichtig ist, dass diese Diskussion stattfindet. Natürlich müssten NRW und andere Bundesländer sich koordinieren, aber aus meiner Sicht wäre das eine große Chance für Nordrhein-Westfalen, hier als für Vorreiter voranzuschreiten und etwas dafür zu tun, dass die Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen familienfreundlicher werden. Damit würde Nordrhein-Westfalen auch als Wissenschaftsstandort deutlich attraktiver werden.

Insofern würde ich mich dafür und auch für die eingereichten Vorschläge zu Oster- und Herbstferien – die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten hat in ihrer Stellungnahme zum Beispiel Selbstlernformate angeführt – aussprechen wollen. Ich glaube, wir können aus der Pandemiephase mitnehmen, dass es ganz unterschiedliche Möglichkeiten dafür gibt, solche Selbstlernformate zu etablieren. Damit hätte man sehr viel gewonnen, ohne dass es furchtbar viel kostet. Es ist nur wenig Aufwand, der in der Übergangsphase schnell erledigt wäre.

Ich selbst habe kein Kind. Aber auch aus meiner Sicht ist es sinnvoll, dass wir gemeinsam die Nachteile, die Eltern in dem aktuellen System haben, ausgleichen, indem wir gemeinsam eine Lösung mittragen, die wirklich viel verändern würde.

Insofern plädiere ich dafür, dass Nordrhein-Westfalen sich hier auf den Weg macht.

**Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin:** Vielen Dank. – Dann können wir jetzt die zweite Fragerunde einleiten.

**Julia Eisentraut (GRÜNE):** Ich habe noch zwei weitere Fragen. – Inwiefern ist es derzeit noch notwendig, dass die Hochschulen dazu angehalten werden, dass Prüfungsphasen möglichst in Zeiträume gelegt werden, in denen keine Schulferien sind? – Diese Frage richtet sich an die LRK, das Elternnetzwerk und die LaKof.

Meine zweite Frage knüpft sehr gut an das Statement von Frau Professorin Bahr an: Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme von einem fehlenden Nachteilsausgleich für Studierende mit Kind. Inwiefern kann die Harmonisierung der Ferien den Nachteil für die betroffenen Gruppen – insbesondere der Studierenden und ihrer Studienleistungen – positiv beeinflussen? Die Frage richtet sich an die LaKof und an Frau Professorin Bahr.

**Dr. Bastian Hartmann (SPD):** Ich habe eine Frage an das Elternnetzwerk der Ruhr-Universität: Sie haben in Ihrer Stellungnahme auch die positive Auswirkung der Harmonisierung auf die Lehramtsausbildung – Stichwort „Praxissemester“ – hervorgehoben. Gibt es dazu noch andere Beispiele oder Studiengänge, die davon profitieren würden?

Die zweite Frage: Welche Vorteile hätte die Harmonisierung der Semester- und Schulferien für Studierende mit Kindern, aber auch für Studierende mit Engagement zum Beispiel in der Jugendarbeit. Die Stellungnahme vom Landesjugendring hat auch einen wichtigen Aspekt aufgezeigt. Ich würde mich freuen, wenn Herr Professor Glasmachers oder Frau Professorin Woud und Frau Dr. Vervoorts darauf antworten könnten.

Wenn ich darf, hätte ich noch eine dritte Frage an Frau Professorin Staude. – Sie beginnen schon im September mit dem Semester. Gibt es etwas, was wir in Bezug auf den Prozess der Studienplatzvergabe von Ihnen lernen könnten? Sie haben jetzt schon ein kürzeres Zeitfenster als die Universitäten. Es ist offenkundig eine Herausforderung, alle Studieninteressierten auf die Studienplätze zu verteilen. Sie schaffen das in einer etwas kürzeren Zeit. Gibt es etwas, was die Universitäten von Ihnen lernen könnten?

**Angela Freimuth (FDP):** Auch von der FDP-Fraktion herzlichen Dank dafür, dass Sie uns mit Ihrer Expertise zur Verfügung stehen. Ich habe eine Nachfrage an das Elternnetzwerk: Sie haben in Ihrer Stellungnahme sowohl auf die Familienfreundlichkeit als auch auf die Internationalisierung abgestellt. Vielleicht können Sie uns den Aspekt der Internationalisierung etwas verdeutlichen? Wo sehen Sie eine stärkere Gewichtung: bei der Familienfreundlichkeit oder bei der Internationalisierung?

Sie haben in Ihrer Stellungnahme auch vor der Flexibilisierung gewarnt, und zwar dahingehend, dass dies zu einer Verlagerung des Problems in die Hierarchien innerhalb der Fakultäten und Lehrstühle führen könnte. Könnten Sie das noch einmal konkretisieren?

**Raphael Tigges (CDU):** Auch ich wollte den Begriff „Internationalisierung“ ansprechen. Mich interessiert, ob diese Problematik auch für international Studierende, die sich bei uns einschreiben, gilt, etwa in Bezug auf den europäischen Raum? Haben Sie dazu Erfahrungswerte, wie sich das verhält? – Diese Frage geht an Frau Professorin Freitag und Frau Professorin Staude. Können Sie das auch „abschichten“, wenn ich in der Begrifflichkeit bleiben darf?

Eine weitere Frage: Welche Chance bemessen Sie einer bundeseinheitlichen Lösung eigentlich bei? Sie sind auf Ihren Ebenen auch bundesweit vernetzt, etwa in den Rektorenkonferenzen. Diese Debatten sind zum Teil schon geführt worden, aber können Sie uns sagen, wie eine bundeseinheitliche Lösung aussehen könnte?

Sind die Instrumente zur Steigerung der Familienfreundlichkeit, die Sie an Ihren Hochschulen haben, aus Ihrer Sicht ausreichend? Würden Sie sich noch andere Möglichkeiten, Unterstützungen unsererseits wünschen? Einen Teil dazu haben Sie vorhin schon gesagt, aber ganz praktisch gesehen: Was können Sie Eltern anbieten, um die Arbeit bei Ihnen noch angenehmer zu gestalten?

**Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD):** Ich habe auch noch eine Frage, die sich an Frau Professorin Freitag und Frau Professorin Staude richtet: Warum ist diese Harmonisierung auf Bundesebene noch nicht realisiert worden? Vielleicht könnten Sie kurz skizzieren, welche Probleme es dabei gibt. Es kam in den Stellungnahmen und auch hier in den mündlichen Beiträgen deutlich heraus, dass hier eine Problematik gerade für Eltern vorherrscht.

Zur Beantwortung der Fragen verfahren wir weiter wie eben gerade in Reihenfolge des Tableaus.

**Prof.'in Dr. Kornelia Freitag (Universität NRW – Landesrektorenkonferenz der Universitäten):** Ich beginne mit der Beantwortung der letzten Frage, weil dies für das Verständnis hilfreich ist. Die Harmonisierung ist noch nicht erfolgt, weil die zwei südlichen Bundesländer ihre Ferien festlegen. Für sie ist es sehr vorteilhaft, weil sie wissen, wann die Ferien liegen und sie alles andere darum herumbauen können. Bei allen anderen flottieren die Ferienzeiten; sie sind einmal sehr früh und einmal sehr spät. Zusammen mit den hin und her rutschenden Osterferien – wenn man erst im April anfangen kann – hat man oft nicht genügend Zeit. Es gibt Jahre, in denen sich das ganz katastrophal auswirkt.

Wenn es von Interesse ist, dass Ferien hin und her rutschen, etwa aus Gründen der Verteilung des Verkehrs, aber zwei Bundesländern sich nicht bewegen, dann gibt es einmal Verlierer und einmal Gewinner unter den restlichen Bundesländern.

Natürlich gibt es die Chance der bundesweiten Harmonisierung. Das ist auch eine Frage, wie man sich verbündet und welche Lösung man ins Auge fasst, zum Beispiel ob dieses Hin-und-her-Rutschen wirklich geeignet ist.

Das wird auf Bundesebene allerdings wesentlich länger dauern, als sich hier in diesem Land abzustimmen. Deswegen finde ich es wichtig, das Problem nicht dorthin zu verlagern und damit wegzuschieben. Das ist in den Vorjahren bei Diskussionen schon passiert. Diese sind immer wieder verebbt, weil es hieß, es müsse die große Lösung her. Wir können vielleicht eine mittelgroße Lösung machen und erst einmal gucken, was wir hier in NRW schaffen können.

Zur Steigerung der Familienfreundlichkeit: Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Universitäten schon jetzt damit zu tun haben, dass es nicht ganz einfach ist, junge Leute davon zu überzeugen, dass die Universität die beste aller Arbeitgeberinnen ist. Finanziell ist das schon oft nicht so – das hängt auch ein bisschen vom Fach ab. In der aktuellen Situation überzeugen wir gerade die jungen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen nicht. Die gehen stattdessen in die Wirtschaft, in die Chemie oder wo auch immer hin.

Insofern interessiert diese Frage auch die Institutionen. Darüber wird bei den Rektoren und Rektorinnen, bei den Studienprorektorinnen und -prorektoren, die für Studium und Lehre zuständig sind, geredet. Familienfreundlichkeit macht einen Unterschied – das ist nicht einfach so dahingesagt. Es ist auch in unserem Interesse, den jungen Kolleginnen und Kollegen zu zeigen, dass wir für sie da sind und dass wir die Möglichkeit haben, flexibler zu sein.

Eine Flexibilität ist wichtig, und die entsteht für die Universitäten dadurch, dass man in den September und in den März hineinkann, ohne zu sagen, es muss immer der Tag X im März oder der Tag Y im September sein. Vielleicht es ist der 29. September, vielleicht ist es der 4. Oktober – das muss man abstimmen. Aber die Flexibilität ist eine

wirkliche Notwendigkeit für die Universitäten, um junge Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, bei uns zu bleiben.

Zur Internationalisierung: Internationalisierung ist ohnehin nicht ganz einfach, weil es unterschiedliche nationale Regelungen in allen möglichen Bereichen gibt. Aber die Mehrheit der europäischen und auch außereuropäischen Universitäten, mit denen wir kopieren, fängt im September oder selten sogar noch früher an. Österreich fängt mit den nächsten Semestern auch im Oktober, andererseits aber schon im März an.

Wir haben in unserer Stellungnahme bereits ausgeführt, dass es die Möglichkeit gibt, übereinstimmender anzufangen. Das wäre wirklich sehr hilfreich. Das ist im Zusammenhang mit der Familienfreundlichkeit ein Nebeneffekt, aber ein großer weiterer wichtiger Vorteil.

**Prof.'in Dr. Susanne Staude (HochschulenNRW – Landesrektor\_innenkonferenz der Hochschulen für angewandte Wissenschaften):** Ich würde gerne bestätigen, was Frau Vervoorts gerade gesagt hat: Ich sehe auch, dass Familienfeindlichkeit ein strukturelles Problem ist, das wir auch strukturell angehen müssen.

Trotzdem glaube ich, dass wir Strukturen brauchen, die uns die Flexibilität geben, die Diversität unserer Beschäftigten und deren unterschiedlichen Bedürfnisse auch abzudecken. Das gäbe uns Möglichkeiten.

Die Frage nach dem Urlaub für wissenschaftlich Beschäftigte, die in der Lehre tätig sind, sehe ich anders als die Frage nach dem Urlaub für Professorinnen und Professoren. Wir haben als Professorinnen und Professoren schon genug Privilegien. Es ist in Ordnung, wenn wir andere Regelungen haben als diejenigen, die auf prekären Arbeitsbedingungen sitzen. Es geht auch um eine andere Masse, sodass wir Flexibilität nutzen könnten, wenn wir strukturell mehr Spielraum hätten. Darauf möchte ich hinaus.

Sie hatten gefragt, was die Universitäten von den Hochschulen für angewandte Wissenschaften lernen können. – Wenn man die Universitäten einfach vierteln würde, dann hätten die auch andere Probleme. Aber sie sind größer.

Ich kann keinen Personalstamm aufbauen, der innerhalb von vier Wochen 20.000 Bewerbungen prüft, den ich dann nach der Bewerbungsphase wieder entlasse. Hier gibt es einfach ein Problem, das wir anerkennen müssen.

Aber gerade die Harmonisierung zwischen Universitäten und Fachhochschulen würde an dieser Stelle noch einmal besonders helfen. Denn die Studierenden bewerben sich nicht nur an einer Universität oder an einer Hochschule für angewandte Wissenschaften.

Da haben wir auch Probleme, und es ist eine Herausforderung, die wir an den Fachhochschulen haben: Dass die Universitäten oftmals später mit ihren Zulassungsverfahren sind – weil sie auch erst später fertig sein müssen –, hat zur Folge, dass wir in der Clearingphase oftmals Erstsemester bekommen, die die ersten ein oder zwei Wochen und auch unsere Einführungswochen schon verpasst haben. Es würde uns helfen, wenn wir alle gemeinsam zwischen Mitte und Ende September anfangen könnten – je nachdem, wie die Sommerferien liegen.

Die Fragen zur Internationalisierung und Harmonisierung hat Frau Professorin Freitag schon beantwortet. Vielleicht noch etwas zu den Instrumenten für Familienfreundlichkeit: Ich glaube, dass wir an den Hochschulen schon sehr viel haben. Ich habe manchmal das Gefühl, dass wir sehr viel ausgleichen, was vielleicht gar nicht an die Hochschulen, sondern in den Bildungssektor gehört. Aber das ist eine andere Debatte.

Wir haben an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften natürlich andere Gegebenheiten als an den Universitäten. Wir haben sehr wenig akademischen Mittelbau im Verhältnis zu den Universitäten. Wir haben etwa 200 wissenschaftlich Beschäftigte für 100 Professorinnen und Professoren. Die Verhältnisse sind ganz anders, insofern haben wir andere Gesamtzusammenhänge. Das ist schwer miteinander vergleichbar.

Ich glaube, dass über die Semesterzeiten strukturell und aus Landessicht noch am ehesten etwas für die Hochschulen getan werden kann. Um sich über den Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten etc. Gedanken zu machen, ist ein Wissenschaftsausschuss vielleicht nicht der richtige Ort.

**Prof.'in Dr. Amrei Bahr (Universität Stuttgart, Institut für Philosophie [per Video zugeschaltet]):** Ich kann noch einmal unterstreichen, dass es tatsächlich um die Attraktivität von Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen geht. Ich glaube, dass es wirklich wichtig ist, den Aspekt der Familienfreundlichkeit auf dem Schirm zu haben und dafür zu sorgen, dass sich dies verbessert.

Wir haben ohnehin schon Fachkräftemangel. Das sehen wir in einigen Fächern auch schon sehr deutlich in der Wissenschaft. Das wird sicherlich auch noch stärker, weil sich viele Leute für etwas anderes entscheiden, da es sich am Ende auf die Frage zuspitzt: Möchte ich Wissenschaft als Beruf weitermachen oder möchte ich eine Familie gründen? – Das ist gerade für Frauen ein großes Problem, das wir auch an den Zahlen, die ich Ihnen in der schriftlichen Stellungnahme vorgelegt habe, sehen können.

Es ist auch wichtig, dass sich das Problem nicht individualisiert lösen lässt, indem man es einzelnen Hochschulen oder Arbeitsbereichen überlässt, dazu Entscheidungen zu treffen.

Es wäre sicherlich nicht schlecht, wenn Beschäftigte auch in der Vorlesungszeit Urlaub nehmen könnten, aber das würde das Problem nicht lösen. Denn wir haben es schon gehört: Viele Beschäftigte sind in prekären Arbeitsverhältnissen und in verschiedenen Abhängigkeitsverhältnissen. Sie wären auf die Erlaubnis ihrer Vorgesetzten angewiesen, und das ist, glaube ich, keine gute Idee. Stattdessen braucht es meines Erachtens eine Lösung für das Land Nordrhein-Westfalen.

Man muss sich zwar fragen, wie es sich zu anderen Bundesländern verhält. Ich kann aus der Erfahrung der generellen Diskussionen um Arbeitsbedingungen aber sagen, dass man irgendwo einen Anfang machen muss. Wenn man allzu sehr auf eine große Lösung wartet – das machen wir bei vielen reformbedürftigen Punkten schon viel zu lange –, ist das kein guter Weg.

Es muss jemand den Anfang machen. Wenn es jetzt hier diskutiert wird und auch schon zur Sprache gekommen ist, wie viele Chancen und Potenziale das birgt, dann ist es eine gute Idee, wenn NRW voranschreitet und sich entsprechend engagiert.

**Dr. Anja Vervoorts (Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule und Universitätsklinik des Landes Nordrhein-Westfalen):** Ich steige mit der Frage der Überschneidung von Prüfungsphasen mit Schulferien ein: Hier haben wir die gleiche Situation wie bei der Überschneidung von Vorlesungszeiten mit den Schulferien – nur in verschärfter Form, weil man sich von Prüfungen an den Hochschulen nicht einfach spontan abmelden kann. Ganz kritisch wird die Situation bei Studienfächern mit Staatsexamina.

Zur Frage bezüglich des politischen oder ehrenamtlichen Engagements und der Überschneidung mit den Schulferien hat sich der Landesjugendring in seiner Stellungnahme sehr schön geäußert.

Wir merken das auch ganz pragmatisch: Wenn wir Kinder-Ferienbetreuung in den Schulferien anbieten wollen, dann bekommen wir, wenn das Semester noch läuft, niemanden, der das macht. Denn es sind in der Regel unsere studentischen Hilfskräfte, die die Kinder betreuen. Dadurch wird das Problem noch einmal verschärft, denn wir können nicht irgendjemanden von extern nehmen, sondern müssen natürlich auf bekannte Menschen zurückgreifen, die uns auf dem Campus schon über den Weg gelaufen sind.

Insofern ist die Antwort des Landesjugendrings schon sehr differenziert, und ich kann nicht viel mehr dazu sagen.

**Dr. Bettina Kretschmar (Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule und Universitätsklinik des Landes Nordrhein-Westfalen):** Ich möchte noch einmal auf den Punkt zur Überschneidung von Prüfungszeiten und Schulferien eingehen. Das ist insbesondere für Studierende ein Problem, die für eine Kinderbetreuung sorgen müssen und für die es noch immer keinen Nachteilsausgleich gibt. Das hatten wir auch in unserer Stellungnahme formuliert. Es gibt bisher einen Nachteilsausgleich für Studierende mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen, aber nicht für Studierende mit Care-Aufgaben.

Professorinnen sind viel privilegierter und können solche Situationen ganz anders ausgleichen. Wissenschaftliche Beschäftigte, die in Prüfungssituationen eingebunden sind, und Studierende können das wesentlich schlechter ausgleichen. Bei Studierenden kann dies dazu führen, dass sie in ihren Chancen, ein erfolgreiches Studium abzulegen, benachteiligt sind.

Zur Frage, inwieweit Hochschulen schon genügend Maßnahmen treffen, um Vereinbarkeit zu ermöglichen, möchte ich ergänzen: Es wird schon sehr viel gemacht. Der Nachteilsausgleich wäre ein Thema, das man strukturell noch angehen könnte. Aber manchmal fehlen einfach die gesetzlichen Grundlagen, um Vereinbarkeit in Hochschulen auch umsetzen zu können.

Wenn wir keine rechtliche Regelung haben, um einen Nachteilsausgleich ermöglichen zu können, dann können Hochschulen nichts unternehmen. Wenn es Ferienbetreuung nur unter der Bedingung gibt, dass die Eltern entsprechend Steuern zahlen müssen – Stichwort „geldwerter Vorteil“ –, lässt sich fragen, inwieweit das dann eine Unterstützung ist – abgesehen davon, dass die Ferienbetreuung auch funktionieren muss.

**Prof.'in Dr. Marcella Woud (Ruhr-Universität Bochum, Eltern Netzwerk RUB):** Die erste Frage drehte sich um die Veränderung der Prüfungsphasen. Zunächst muss man schauen, welche Änderungsmöglichkeiten es überhaupt gibt.

Wir sind in einem semesterbasierten System, aber in anderen europäischen Ländern funktioniert das anders. In den Niederlanden zum Beispiel hat man ein verschulteres System. Dort hat man vier Wochen lang ein Fach und dann, zwei Wochen später, eine Prüfung – das war es. Das ist eine ganz andere Struktur. Dies wäre auch bei uns möglich, aber das wäre fast schon ein größerer Schritt als das, was wir hier in diesem Rahmen anstreben.

Zu den Vorteilen der Harmonisierung: Der Landesjugendring hat dazu viele wichtige Aspekte genannt. Das soziale Engagement, das wir uns von der neuen Generation wünschen und das sich auf lange Sicht für die Gesellschaft auszahlen wird, wird dadurch weiter gestärkt.

Es gab eine Frage, ob es möglich wäre, dass sich das Problem verlagert. – Ich denke, dass es diese Gefahr wirklich gibt. Das haben wir auch in unserer Stellungnahme angesprochen. Wir haben an den Universitäten zentrale und dezentrale Strukturen. Das heißt aber nicht, dass alles was zentral oder dezentral abgemacht wird, auch genau so ausgeführt wird. Alles, was man zum Vorteil aller Beteiligten in einem Hochschulbetrieb festlegen kann, sollte nach Möglichkeit unterstützt werden.

Zur Frage, ob Familienfreundlichkeit oder Internationalisierung stärker gewichtet werden sollte: Ich weiß nicht, ob ich beides als separate Konstrukte sehen würde. Ich denke, das könnte Hand in Hand gehen. Wenn sich die Ferien besser überschneiden, haben wir dadurch auch automatisch eine Verbesserung der Internationalisierung. Hier denke ich vor allem an den europäischen Bologna-Prozess.

Der meiste Austausch findet europäisch und zwischen Europa und den Vereinigten Staaten statt. Ich würde mich aber schon sehr freuen, wenn wir eine Verbesserung auf dem europäischen Kontinent hinbekommen würden.

Zu den Instrumenten zur Unterstützung der Familienfreundlichkeit: Hierzu haben die Kolleginnen schon etwas ganz Wichtiges gesagt. Es gibt Mittel und Wege – auch finanzielle –, die aber leider zum Teil nicht umsetzbar sind. Ich habe ein Stipendium von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und bekomme einen Familienzuschlag, den ich aber aufgrund der Steuerregelungen, die es zu diesem Zuschlag gibt, nicht ausgeben kann. Im schlimmsten Fall muss ich der Deutsche Forschungsgemeinschaft zurückerklären, dass ich das Geld nicht ausgegeben habe. Das impliziert am Ende wiederum, dass die Gelder nicht abgerufen werden und wir diese Gelder gar nicht brauchen. – Das ist nicht die richtige Konklusion.



Es ist nicht so, dass wir das Geld nicht brauchen. Es ist aber so, dass es uns sehr schwer gemacht wird, diese Gelder abzurufen. Das ist ein wichtiger Aspekt, den ich in diesem Kontext betonen möchte.

**Prof. Dr. Tobias Glasmachers (Ruhr-Universität Bochum, Eltern Netzwerk RUB):**

Als Ergänzung zur Gewichtung der Themen „Internationalisierung“ und „Familienfreundlichkeit“: Zumindest für uns als Elternnetzwerk ist es schon am wichtigsten, dass die tausenden, wenn nicht zehntausenden Beschäftigten an den Universitäten bessere Bedingungen bekommen.

Das klingt so, als wäre es nur an uns gedacht. Aber ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn für die Studierenden, die aus dem Ausland hierherkommen oder die aus Deutschland im Rahmen des Erasmusprogrammes im Ausland studieren, bessere Bedingungen geschaffen werden. Denn das geht, wie schon gesagt, beides zusammen, obwohl es komplett verschiedene Argumente sind.

Wir als Elternnetzwerk würden in erster Linie das familienpolitische Argument nach vorne stellen wollen. Gleichzeitig sind wir Hochschulangehörige und würden auch gerne andere Prozesse verbessert sehen.

**Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin:** Damit sind wir mit der zweiten Fragerunde durch und machen mit der dritten Fragerunde weiter.

**Dr. Bastian Hartmann (SPD):** Ich möchte zunächst an das zuletzt Gesagte anknüpfen: Ich glaube, man muss da gar nicht priorisieren, weil wir hier eine Lösung für gleich mehrere Probleme haben. Insofern ist keine Priorisierung erforderlich.

Ich hätte noch eine Frage an die Vertreter des Elternnetzwerks. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auch etwas zur empirischen Relevanz gesagt, also wie groß die Fallzahlen sind. – Aller Wahrscheinlichkeit nach betrifft dies Problem mit schulpflichtigen Kindern weniger Studierende als Mitarbeitende. Vielleicht könnten Sie das noch einmal einordnen.

Damit verbunden auch eine Frage an Frau Professorin Bahr: Sie haben in Ihrer Stellungnahme eine Abwägung getroffen, inwiefern wir einer kleinen Gruppe helfen, aber einer großen Gruppe eine Änderung aufbürden. Vielleicht könnten Sie das auch noch einmal einordnen. Ist das Ganze nur eine sehr große Lösung für ein vermeintlich kleines Problem?

Eine Frage an Frau Professorin Staude und Frau Professorin Freitag: Wir haben viele Dinge gehört, die durch eine solche Veränderung gut wären würden. Wir würden etwas bei Internationalisierung, bei Vereinbarkeit und dergleichen gewinnen. Wir haben auch etwas über To-Dos gehört, die wir vorher erledigen müssten. Offenkundig ist die Frage der Studienplatzvergabe das dickste Brett, das wir in dieser Sache bohren müssen. Das nehme ich auch als Hausaufgabe für uns mit. Wenn wir das schaffen würden, ab wann wäre denn aus Ihrer Sicht ein solcher Systemumstieg möglich?

**Angela Freimuth (FDP):** Ich habe noch eine Nachfrage an Frau Professorin Bahr. Sie haben in Ihrer Stellungnahme ausgeführt, dass die Universität Mannheim im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess bereits eine Anpassung der Semesterzeiten vollzogen hat. Mich würde interessieren, ob die Universität Mannheim auch innerhalb des Bundeslandes Baden-Württemberg dadurch einen Vorteil erlangt hat? Ergibt dies einen Standortvorteil für die Uni? Welchen Einfluss hat diese Anpassung der Semesterzeiten?

**Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin:** Dann kommen wir zur Beantwortung der Fragen, und wir fangen wieder mit Frau Professorin Freitag an.

**Prof.'in Dr. Kornelia Freitag (Universität NRW – Landesrektorenkonferenz der Universitäten):** Es ist spekulativ, ab wann die Systemumstellung möglich wäre. Ich könnte mir gut vorstellen, dass wir im laufenden Semester in einer Gruppe mit Betroffenen und Interessierten – die hier im Wesentlichen versammelt sind – Modelle ausarbeiten. Wie lange es dauert, dies gesetzlich umzusetzen, weiß ich nicht. Da haben Sie wahrscheinlich mehr Vorstellungen als ich.

Ich denke schon, dass man innerhalb eines halben Jahres Ideen vorlegen könnte. Ich denke auch, dass viele in den Universitäten ein großes Interesse daran hätten, so etwas zu entwickeln.

**Prof.'in Dr. Susanne Staude (HochschulenNRW – Landesrektor\_innenkonferenz der Hochschulen für angewandte Wissenschaften):** Ich kann mich dem anschließen, was Frau Professorin Freitag gesagt hat. Für uns als Hochschulen für angewandte Wissenschaften reden wir im Moment über eine Verschiebung von ein bis zwei Wochen.

Es wäre ganz gut, wenn die Umstellung nicht schon nächstes Jahr passieren würde, weil wir unseren Jahresplan gerade verabschiedet haben. Aber ansonsten ist das für uns deutlich weniger disruptiv als für die Universitäten in dem einen oder anderen Jahr.

**Prof.'in Dr. Amrei Bahr (Universität Stuttgart, Institut für Philosophie [per Video zugeschaltet]):** Zur Frage, wer profitiert und wie viele das sind: Unmittelbar profitieren offenkundig die Eltern. Ich hatte in meiner Stellungnahme ausgeführt, dass unter den Wissenschaftler\*innen weniger Eltern sind als unter Akademiker\*innen in anderen Branchen.

Das liegt einfach daran, dass die Arbeitsbedingungen in den Universitäten nicht besonders familienfreundlich sind und dass die Leute sich dann gegen eine Familie entscheiden. Das heißt, mittelbar profitieren auch diejenigen, die sich mit dem Wunsch tragen, eine Familie zu gründen, und die das unter den schwierigen Bedingungen bisher nicht gemacht haben.

Natürlich ist dafür nicht alleine eine Regelung zu den Vorlesungszeiten ausschlaggebend, aber es ist ein wichtiger Faktor, um das Ganze familienfreundlicher zu gestalten.

Einerseits profitieren also die Eltern, die es jetzt schon gibt, und andererseits hilft es denjenigen, die über eine Familiengründung nachdenken, was häufig in dem Alter, in dem man promoviert und auch in der Zeit nach der Promotion, passiert. Diese Personen würden nicht davon abgehalten werden, sich für eine Familie zu entscheiden.

Selbst wenn die Zahl derjenigen, die dies betrifft und die davon direkt profitieren würden, geringer ist als die Zahl, die dies mittragen, wäre es in diesem Fall trotzdem gerechtfertigt – aufgrund des Nachteilsausgleichs. Wir müssen die Eltern dafür kompensieren, dass sie aufgrund ihrer Sorgeverpflichtung Benachteiligungen gegenüber anderen Beschäftigten haben. Das müssen wir gemeinsam als universitäre oder als Hochschulgemeinschaft machen.

Das ist auch eine Sache, die sich nicht ewig hinzieht, sondern relativ schnell erledigt ist. Deshalb ist es allen Beteiligten zumutbar, dies umzusetzen. Der zu erwartende Gewinn ist so groß, dass das auch gerechtfertigt erscheint.

Zu der Frage nach der Universität Mannheim kann ich leider keine Stellung beziehen. Ich habe das auch in der Stellungnahme nicht aufgegriffen. Vielleicht kann jemand anderes dazu etwas sagen, aber ich würde dazu nichts anfügen können.

**Prof. Dr. Tobias Glasmachers (Ruhr-Universität Bochum, Eltern Netzwerk RUB):**  
Zur Frage, wen das stärker betrifft – die Studierenden mit Kind oder die Mitarbeiter – habe ich keine konkreten Zahlen. Aber ich habe den subjektiven Eindruck aus meiner Praxis, dass es nicht so viele Studierende mit Kindern gibt.

Es gibt demgegenüber zumindest anteilig unter den Gruppen – das ist eine Frage der Altersstruktur – an den Universitäten deutlich mehr Mitarbeitende – vom Doktorandenlevel über den Postdoc bis in die Professorenschaft hinein – mit Kindern im schulpflichtigen Alter und Familien, die dieses Problem haben.

Ich wollte noch etwas zur Abwägung sagen, ob viele ein Opfer bringen müssen, damit wenige profitieren: Diese Darstellung entspricht nicht meiner Wahrnehmung. Es sind nicht so wenige, die dieses Problem haben. Es ist, wie gesagt, eine Frage der Altersstruktur, und ab einem gewissen Alter ist es ein Problem, das wirklich in der Breite existiert.

Ich sehe auch nicht, dass ein Nachteil für diejenigen entstehen würde, die keine Familie haben. Wenn wir zumindest die Möglichkeit dafür schaffen und alles – je nach Fall – eine oder mehrere Wochen nach vorne verlegen, dann habe ich, wenn ich keine Familie habe, erst einmal gar keinen Nachteil davon. Insofern sieht es mir nach einem Gesamtvorteil aus, den, glaube ich, der Rest ohne große Schmerzen mittragen könnte.

**Prof.'in Dr. Marcella Woud (Ruhr-Universität Bochum, Eltern Netzwerk RUB):**  
Auch ich kenne die Zahlen, für wen das ein Vorteil wäre, nicht. Aber ich sehe auch Vorteile für die zukünftigen Studierenden.

Das haben wir auch in unserem Schreiben aufgegriffen: Es gibt eine lange Wartezeit zwischen Abiturprüfung und Studienbeginn. Das hat psychologisch gesehen auch

Nachteile. Das ist ein Aushalten von Unsicherheiten, wenn man nicht weiß, wohin man kommt, und dann muss man sich relativ schnell entscheiden.

Diesen Zeitraum zu verkürzen, hat, denke ich, auch Vorteile für zukünftige Studierende, wenn sie schneller wissen, wo sie landen. Ich denke, wir haben alle in der Pandemie gelernt: Das Aushalten von Unsicherheit ist nicht unsere Stärke als Mensch. – Deswegen kann das nur Vorteile haben.

Ich kann mir auch vorstellen, dass es Kollegen ohne Kinder gibt, die davon profitieren. Diese können – auf gut Deutsch gesagt – auch schon einmal genervt sein von den Kollegen mit Kindern, etwa wenn mal wieder etwas nicht klappt, wie es im Curriculum vorgesehen ist. Somit profitieren alle zumindest indirekt, etwa durch die Unterstützung der Mitarbeitenden mit Kindern.

Die Frage, wann wir anfangen sollen, greife ich noch einmal auf, auch wenn Frau Professorin Freitag sie schon beantwortet hat. – Ich würde sagen: gestern. Wir haben ein Riesennachwuchsproblem, und die Familienfreundlichkeit muss wirklich verbessert werden, damit dieser Job an der Universität attraktiver wird. Ich würde mir wünschen, dass wir damit sehr bald anfangen können.

**Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin:** Gibt es noch Nachfragen? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Ende der Anhörung.

Ich habe mir von Frau Professorin Bahr eine rhetorische Frage aufgeschrieben: Wissenschaft als Beruf oder Familiengründung? – Diese Frage dürfte sich eigentlich gar nicht stellen. Das ist, glaube ich, heute sehr gut herausgekommen.

Ich darf mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken, dass wir diesen Einblick in die Praxis bekommen haben. Das war eine sehr fruchtbare Debatte. Ich wünsche den Gästen eine gute Rückreise.

Vielen Dank auch an die Ausschussmitglieder. Das Protokoll der Anhörung wird demnächst im Internetangebot des Landtags abrufbar sein. Nach Vorlage des Protokolls werden sich die beiden Ausschüsse weiter mit dem Antrag befassen.

Die nächste Sitzung findet im Anschluss um 15:30 Uhr statt. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir nach der regulären Sitzung die Obleuterunde hier in diesem Saal machen.

gez. Prof. Dr. Daniel Zerbin  
Vorsitzender

**Anlage**

26.04.2023/27.04.2023

**Anhörung von Sachverständigen**  
des Wissenschaftsausschusses  
und des Ausschusses für Schule und Bildung

**Chancen der Harmonisierung von Schul- und Semesterferien nutzen!**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/2555

am Mittwoch, dem 19. April 2023

13.00 bis (max.) 15.00 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

**Tableau**

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landesrektorenkonferenz der Universitäten e.V. Professor Dr. Johannes Wessels Düsseldorf	<b>Prof. Dr. Kornelia Freitag</b>	<b>18/465</b>
Hochschulen NRW – Landesrektor_innen- konferenz der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften e.V. Professor Dr. Bernd Kriegesmann Münster	<b>Prof. Dr. Susanne Staude</b>	<b>18/443</b>
Juniorprofessorin Dr. Amrei Bahr Institut für Philosophie an der Universität Stuttgart Stuttgart	<b>Prof. Dr. Amrei Bahr</b> <i>per Videozuschaltung</i>	<b>18/463</b>
Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauf- tragten der Hochschulen und Universitätskli- nika des Landes Nordrhein-Westfalen Michelle Mommertz c/o HHU Düsseldorf   Gleichstellungsbüro Düsseldorf	<b>Dr. Anja Vervoorts</b> Dr. Bettina Kretzschmar	<b>18/449</b>
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW Ayla Çelik Essen	<b>Keine Teilnahme</b>	---
Eltern Netzwerk RUB Marcella Woud / Juliane Czierpka Ruhr-Universität Bochum Bochum	<b>Prof. Dr. Marcella Woud</b> Prof. Dr. Tobias Glasmachers	<b>18/452</b>

weitere Eingaben:

Landesjugendring e.V.  
k & m LRK NRW

Stellungnahme 18/447  
Stellungnahme 18/460